

**A-3-006: Kein US-amerikanischer Drohnenkrieg von deutschem Boden aus!**

Antragsteller\*innen      Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)

**Antragstext**

**Von Zeile 5 bis 6 einfügen:**

Bundestagsfraktion und die Grünen Minister\*innen dazu auf, sich öffentlich gegen diese Praxis zu positionieren und für eine Beendigung dieser einzusetzen.

Wir verweisen auf den Beschluss der LDV vom 28./29. November 2015 in Idar-Oberstein und fordern endlich dessen Umsetzung anzugehen.

-----

Beschluss der Landesdelegiertenversammlung am 28./29. November 2015 in Idar-Oberstein

Keine Kriegsunterstützung von Rheinland-Pfalz aus

Wir, die Landesdelegiertenversammlung der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN, fordern hiermit,

- angesichts des durch Kriege, Bürgerkriege und kriegsähnliche Zustände verursachten Leids, das Menschen zwingt ihre Heimat zu verlassen und in Europa Schutz zu suchen
- in Anknüpfung an die pazifistische Tradition der GRÜNEN

dass

- von rheinland-pfälzischen Boden aus keine direkte oder indirekte Unterstützung von Kriegen, kriegsähnlichen Handlungen und militärischen Provokationen ausgehen soll.
- Bei nachgewiesenen, dauerhaften Durchführungen völkerrechtswidriger oder gegen deutsches Recht verstoßende Aktionen (wie die Steuerung/Koordinierung von Tötungseinsätze durch Drohnen, Zulassen der „Nuklearen Teilhabe“ oder – in der Vergangenheit – Bombardierung durch in RLP stationierte Jets im illegalen Irakkrieg etc.) von in Rheinland-Pfalz stationierten Truppen deren Stationierungsverträge zum nächstmöglichen Zeitpunkt beendet werden.

Die grüne Fraktion, Partei und die grünen Mitglieder der Landesregierung werden aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen für diese Ziele einzusetzen

**Begründung**

erschließt sich aus dem Text

**A-4-003: Klimapolitischer Appell an Grüne Entscheidungsträger\*innen**

Antragsteller\*innen      Christoph Hecker (KV Mainz)

**Antragstext**

**Von Zeile 3 bis 4 löschen:**

~~-Der LV RLP bekennt sich zu Grünen Grundzielen und Grundwerten in der Klimapolitik.~~

**Begründung**

ich möchte vorausschicken, dass ich den Antrag sehr gut und sinnvoll finde, nur an einigen Stellen Änderungen/ Ergänzungen vorschlage:

Zeile 3,4: eher streichen und in Satz Zeile 5,6 integrieren (s.u. Vorschlag) - oder wird die (Partei-)Lage so schlimm eingeschätzt, dass ein Bekenntnis zu den Grünen Grundzielen und Grundwerten in der Klimapolitik als notwendig eingeschätzt wird, z.B. weil Zweifel an der allgemeinen Akzeptanz in der Partei aufkommen?

**A-4-005: Klimapolitischer Appell an Grüne Entscheidungsträger\*innen**

Antragsteller\*innen      Christoph Hecker (KV Mainz)

**Redaktionelle Änderung**

Der LV RLP unterstützt die Bundesebene, sich durch politische Forderungen und Entscheidungen klar zur Stärkung des Grünen Profils von B90/Die Grünen zur Umsetzung und Konkretisierung des Grundsatzprogramms zu bekennen.

**Antragstext**

**Von Zeile 5 bis 6:**

· ~~Daher unterstützen wir~~ Der LV RLP unterstützt die Bundesebene, sich durch politische Forderungen und Entscheidungen klar zur Stärkung ~~unseres~~ des Grünen Profils von B90/Die Grünen zur Umsetzung und Konkretisierung des Grundsatzprogramms zu bekennen.

**Begründung**

so könnten m.M. die Zeilen 3-6 prägnanter zusammengefasst werden

**A-4-008: Klimapolitischer Appell an Grüne Entscheidungsträger\*innen**

Antragsteller\*innen      Christoph Hecker (KV Mainz)

**Redaktionelle Änderung**

S.U.

**Antragstext**

**Von Zeile 7 bis 10:**

· Der LV fordert die Grünen Entscheidungsträger\*innen auf Landes- und Bundesebene dazu auf, politische Entscheidungen in allen Bereichen ~~–neben anderen Gesichtspunkten~~ –immer auch am 1,5°C-Ziel von Paris auszurichten und dadurch eine adäquate Umsetzung auf der kommunalen Ebene zu ~~ermöglichen~~fördern.

**Begründung**

die adäquate Umsetzung auf der kommunalen Ebene hängt m.M. nicht nur von den politischen Entscheidungen der Landes- und Bundesebene ab, sondern diese können die kommunale Ebene "nur" fördern oder im ungünstigen Fall behindern, da vor Ort immer konkretere Maßnahmen gefunden werden können und müssen, für die auf übergeordneten Ebenen eher Grundsatzfragen und Rahmenrichtlinien/-empfehlungen gegeben werden können.

**A-4-011: Klimapolitischer Appell an Grüne Entscheidungsträger\*innen**

Antragsteller\*innen      Christoph Hecker (KV Mainz)

**Antragstext**

**Von Zeile 11 bis 12:**

~~Wir erwarten: wenn unsere Welt in Frage steht – am 1,5°C-Ziel ausgerichtete Antworten!~~  
Wir erwarten, da ein Überschreiten des 1,5°C-Ziels und diverser Kipp-Punkte des Klimas drohen mit historisch neuen und häufigeren Katastrophen und Gefahren für die Menschheit (u.a. [UN Global Assessment Report on Disaster Risk Reduction \(GAR\)](#), [UNDRR 2022](#)), dass wir angemessene Maßnahmen zur Vermeidung bzw. Bewältigung auf nationaler und regionaler Ebene in Deutschland finden und zu deren Durchsetzung beitragen - mit allen im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung geeigneten Mitteln.

Menschen, die zu passenden Protestformen und Inkaufnahme von Konsequenzen bereit sind, verdienen dabei große Anerkennung und Verteidigung gegen ungerechtfertigte Angriffe von heuchlerischen Vertreter:innen gerade der gesellschaftlichen Gruppen, die in den vergangenen Jahrzehnten durch neoliberalistische Fixierungen wesentlich die heutigen Defizite, Abhängigkeiten und Resilienz-Lücken z.B. im Energiesektor verursacht haben. und darüber hinaus vorhandene Technologien, Unternehmensstrukturen und Arbeitsplätze der dezentralen Energieerzeugung wie Photovoltaik und Windenergie diffamiert, strukturell benachteiligt und viel zu lange deren erfolgreiche Beiträge zur Dekarbonisierung und Ablösung von fossilen Energieträgern verhindert haben.

**Begründung**

der Satz in Zeile 11,12 ist m.M. zu dünn - andererseits ist der Änderungsvorschlag vermutlich für alle hier Beteiligten nichts Neues und zu lang - ein Satz zwischen zu kurz und zu lang wäre evtl. gut ...

**A-4-012: Klimapolitischer Appell an Grüne Entscheidungsträger\*innen**

Antragsteller\*innen      Stephan Buchner (KV Mainz-Bingen)

**Antragstext**

**Nach Zeile 12 einfügen:**

Um auf kommunaler Ebene effektive Klimapolitik betreiben zu können, brauchen wir entsprechende Rahmenbedingungen und eine Finanzausstattung, die auf Landes- und Bundesebene beschlossen werden muss. Beispielsweise müssen folgende Punkte schneller und konsequenter umgesetzt werden:

- Stark beschleunigter Radwegeausbau, Radwegeausbau hat Vorrang vor Straßenbau.
- Verbesserte Digitalisierung, z.B. um das Antragswesen zu vereinfachen und zu beschleunigen
- Abstandsregelung bei Windkraftanlagen (750 m statt 900 m) - im Landkreis Neuwied etwa ist noch keine einzige Anlage installiert!
- Tempolimit 120 km/ h auf Autobahnen,
- Tempo 80 km/h auf Landstraßen
- Tempo 30 km/h in den Innenstädten, PKW in Städten überflüssig machen
- Bedarfsgerechter und günstiger ÖPNV, auch über Kreis- und Landesgrenzen hinaus
- Ausbau von Agri-PV-Anlagen durch entsprechende Förderung
- Geförderter PV-Ausbau auf privaten Gebäuden
- PV-Ausbau auf allen geeigneten Dachflächen kommunaler Gebäude
- Konsequente PV-Überdachung von Parkplätzen
- Konsequente Einhaltung des Atomausstiegs am 15.04.2023
- Werbekampagnen für Klimaschutz, um die Bevölkerung mitzunehmen
- Ökologische Transformation der Landwirtschaft und Ernährung
- Ausweitung von strukturellen Förderprogrammen für Kommunen

**Begründung**

Die Vorschläge der Begründung sind wichtig und sollten daher Teil des Antrages sein.

**A-7-001: Erster Schritt zur Cannabis-Entkriminalisierung - Grenzwerte anpassen, statt Strafverfolgung fortzusetzen**

Antragsteller\*innen      Stephan Buchner

**Antragstext**

**Von Zeile 1 bis 2:**

Die aktuelle Prohibitionspolitik bei Cannabis ist ~~vollständig gescheitert~~ nicht mehr zeitgemäß. Cannabis ist die am häufigsten konsumierte illegale Droge. In Deutschland haben nach

**Begründung**

Vollständiges Scheitern sieht doch anders aus. Die Rechtsprechung muss insbesondere im Strafrecht angepasst werden.

Lt. ESA 2019

Drogenkonsum in Deutschland

Alkohol: 36,1 Mio. Menschen , davon 9 Mio. problematischer Alkoholkonsum (25%)

Tabak: 11,6 Mio. Menschen

Cannabis: 4,5 Mio. Menschen, davon 1,3 Mio. problematischer Cannabiskonsum (29%)

Mit einer Freigabe von Cannabis ist ein Anstieg der Konsumentenzahlen zu erwarten, dies und die erwartbaren Folgen auch für das Gesundheitssystem und die Wirtschaft dürfen nicht vernachlässigt werden.

**A-7-007: Erster Schritt zur Cannabis-Entkriminalisierung - Grenzwerte anpassen, statt Strafverfolgung fortzusetzen**

Antragsteller\*innen      Stephan Buchner

**Antragstext**

**Von Zeile 7 bis 8:**

~~Die Mehrzahl~~ Etwa zwei Drittel der volljährigen Konsument\*innen praktiziert keinen riskanten Gebrauch von Cannabis. Die geltende Rechtslage führt bei ihnen in der Konsequenz

**Begründung**

Ein problematischer Cannabis-Konsum liegt bei 1,3 Mio. der konsumierenden 4,5 Mio. vor, das sind nahezu 1/3 der Betroffenen (s.u.) . Daher bitte anschaulich von 2/3 oder knapp mehr als 2/3 sprechen, die keinen riskanten Gebrauch praktizieren.

Aus dem ESA 2021:

Mit einer 12-Monats-Prävalenz von **8,8 % (4,5 Millionen Personen)** war Cannabis die am häufigsten konsumierte illegale Droge, gefolgt von Kokain/Crack mit 1,6 % (818 000 Personen; Tabelle 4). Von den Teilnehmerinnen und Teilnehmern gaben 1,4 % (716 000 Personen) an, Amphetamin konsumiert zu haben, und 1,3 % (665 000 Personen) berichteten einen Konsum von NpS. Mit 0,2 % (102 000 Personen) lag die 12-Monats-Prävalenz für den Konsum von Methamphetamin am niedrigsten. Eine statistisch signifikant höhere Prävalenz bei Männern im Vergleich zu Frauen zeigte sich bei Cannabis, Kokain/Crack sowie beim Konsum mindestens einer illegalen Droge. Ein **problematischer Drogenkonsum nach den Kriterien des SDS ist mit einer Prävalenz von 2,5 % (1,3 Millionen Personen)** vor allem in Bezug auf Cannabis zu beobachten (Tabelle 2). In dieser Personengruppe waren Männer mit einer Prävalenz von 3,4 % häufiger betroffen als Frauen (1,6 %)









**A-9-026: Den Aufbau von kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine unterstützen – für zivilgesellschaftliche Unterstützung und Verständigung**

Antragsteller\*innen      Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

**Antragstext**

**Von Zeile 25 bis 27:**

insbesondere aber mit vielen europäischen Kommunen aus. Bisher gibt es jedoch nur **wenigezwei** Kommunen im Land mit ukrainischen Partnergemeinden, die Anzahl sollte zukünftig steigen. Passend dazu hat sich der rheinland-pfälzische Landtag in seiner Sitzung am 24. November einstimmig dafür ausgesprochen, eine geeignete Partnerregion in der Ukraine zu finden und eine Partnerschaft aufzubauen.

**Begründung**

Aktualisierung des Antragstextes im Hinblick auf die parlamentarischen Entwicklungen in der zugrunde liegenden Angelegenheit.

**A-9-030: Den Aufbau von kommunalen Partnerschaften zwischen Rheinland-Pfalz und der Ukraine unterstützen – für zivilgesellschaftliche Unterstützung und Verständigung**

Antragsteller\*innen      Julian Joswig (KV Rhein-Hunsrück)

**Antragstext**

**Von Zeile 29 bis 33:**

Diplomatie aus vollster Überzeugung und befürworten die Bildung neuer Gemeindepартnerschaften ~~vor Ort~~, insbesondere mit ukrainischen Kommunen, um den direkten Austausch der Zivilbevölkerung zu fördern und Menschen auf kultureller Ebene zu verbinden. Daher begrüßen wir den Beschluss des Landtags zur Identifikation einer ukrainischen Partnerregion ausdrücklich, auch um auf Basis dessen kommunale Partnerschaften in der zukünftigen Partnerregion aufzubauen. Hierzu möchten wir unsere kommunalen Mandatsträger\*innen in den Räten des Landes einladen, für solche Partnerschaften zu werben und den Aufbau zu unterstützen. So können rheinland-pfälzische Kommunen einen Beitrag zum Wiederaufbau, der europäischen Integration sowie einer zukünftigen Partnerschaft

**Begründung**

Aktualisierung des Antragstextes im Hinblick auf die parlamentarischen Entwicklungen in der zugrunde liegenden Angelegenheit.